

**Schweiz**

16.03.2005 -- Tages-Anzeiger Online

**Strikter Kurs in der Ausländerpolitik**

**Der Ständerat schlägt zu Beginn der Debatte über die Ausländer- und Asylpolitik einen harten Kurs ein. Er lehnt es ab, Ausländern nach zehnjährigem Aufenthalt automatisch eine Niederlassungsbewilligung zu erteilen.**

Der Ständerat nahm die Beratung des neuen Ausländergesetzes auf und zeigte dabei die Richtung an, welche die Ausländerpolitik seit dem Amtsantritt von Justizminister Christoph Blocher genommen hat. Auf Antrag seiner vorberatenden Kommission verschärfte er Bestimmungen zur Niederlassungsbewilligung und zum Familiennachzug und stellte sich damit gegen den Nationalrat.

Unbestritten war das Grundprinzip des neuen Gesetzes, das duale Zulassungssystem: Von ausserhalb der EU soll nur zugelassen werden, wer in der Arbeitswelt dringend benötigt wird und speziell qualifiziert ist. Dafür sollen die Zugelassenen mehr Rechte erhalten.

In dieses ursprüngliche Konzept des Bundesrats schlug der Ständerat nun einige Breschen. Er will Ausländern, die länger als zehn Jahre in der Schweiz gelebt haben, nicht automatisch eine Niederlassungsbewilligung erteilen. Man solle hier keine neuen Rechtsansprüche schaffen, sagte Kommissionssprecherin Trix Heberlein (FDP/ZH). Hart kritisiert wurde dieser Verzicht von den Linken. Der Rat folge einem alten Schutzreflex, der die Willkür fortführe und die Grundidee des Gesetzes verletze, meinte Christiane Brunner (SP/GE). Justizminister Blocher sagte, er könne mit dieser Lösung gut leben, obwohl der Bundesrat anfangs eine automatische Erteilung vorgeschlagen habe.

Auch beim Familiennachzug zeigte sich die Kleine Kammer restriktiver. Ehegatten und Kinder von Ausländern mit Aufenthaltsbewilligung sollen ebenfalls nicht automatisch einen Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung haben. Zudem sollen nur Kinder unter 12 Jahren automatisch eine Niederlassungsbewilligung bekommen.

Geschlossen hat der Ständerat dagegen eine Lücke, welche der Nationalrat ins duale System geschlagen hatte. Er wollte für spezifische Arbeiten auch weniger qualifizierte Arbeitskräfte zulassen. Dies würde ein Rückfall in die Zeiten des Saisonier-Statuts bedeuten, warnte Heberlein. Und Blocher fügte an, die Bedürfnisse der Landwirtschaft könnten vorderhand durch die neuen EU-Länder gedeckt werden. Erleichtert werden soll dafür der Transfer von Kadermitgliedern.

Hart blieb der Rat gegenüber den Sans-Papiers. Er lehnte es ab, die Gesuche von Papierlosen nach vier Jahren in der Schweiz nochmals vertieft zu prüfen. «Rechtswidrigkeit soll nicht belohnt werden», sagte Philipp Stähelin (CVP/TG). Einen Erfolg verbuchte die Linke dagegen im Ausbildungsbereich. Die Möglichkeit, Unternehmen, welche Ausländer beschäftigen wollen, zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu zwingen, blieb im Gesetz.

Der Ständerat wird die Vorlage am Donnerstag zu Ende beraten und sich anschliessend dem noch umstritteneren Asylgesetz annehmen. Zur Debatte stehen dann zahlreiche Verschärfungsanträge aus der Feder von Justizminister Christoph Blocher, welche von den Gegnern als verfassungswidrig betrachtet werden.